

Zweiter starker Aktionstag gegen Macrons reaktionäre Rentenpläne

"Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Am Dienstag, den 31. Januar 2023, fand in Frankreich der zweite landesweite Aktionstag der in der Intersyndicale vereinten acht größten Gewerkschaftsbünde gegen Macrons reaktionäre Rentenpläne statt. Die Zahl der Demonstranten war enorm und übertraf sowohl die Masse, die am ersten Aktionstag (dem 19. Januar 2023) auf die Straße gegangen war, als auch die vergleichbaren Sozialproteste der Jahre 1995, 2010 und 2019.

Die Streikbeteiligung hingegen war leicht rückläufig, was angesichts eines sehr geringen Organisationsgrades vor allem in der Privatwirtschaft, aber inzwischen auch in weiten Teilen des öffentlichen Sektors, und nicht vorhandener Streikkassen bei gleichzeitig empfindlich gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht völlig überraschend ist. Dennoch gibt es jenseits des Rheins noch immer einige beeindruckende proletarische Bollwerke mit Kernbelegschaften im Energiesektor, im Transportwesen und den Häfen, die auch jetzt wieder auf längerdauernden Arbeitsniederlegungen drängen, um Macron & Co. in die Knie zu zwingen.

Ein zusätzliches Problem dabei sind die unterschiedlichen Vorstellungen bzw. "Philosophien" der beteiligten Gewerkschaftsbünde mit den kämpferischen Teilen (wie CGT, Solidaires und FSU) auf der einen und den sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Zentralen (wie CFDT, CFTC, CGC) auf der anderen Seite. Irgendwo dazwischen bewegt sich Force Ouvriere (FO).

Zur aktuellen Lage und den Perspektiven beiliegend zwei Übersetzungen von uns:

- Über den Aktionstag, die Pläne der Regierung, Stimmen aus den Gewerkschaften und die Bestrebungen des (mitte-)linken parlamentarischen Oppositionsbündnisses NUPES berichtet Francesco Napoleoni aus Paris in der italienischen kommunistischen Online-Tageszeitung "Contropiano" vom 1. Februar 2023. Zahlreiche optische Eindrücke von den Protesten auf der Straße vermittelt die Fotogalerie*

unterhalb seines Artikels unter folgendem Link: [Francia. Mobilitazione storica contro la riforma delle pensioni – Contropiano](#)

- Die Gewerkschaftsdebatten und -strategien beleuchteten Stéphane Ortega und Guillaumne Bartrand am Abend des 31. Januar im linken französischen Onlinemagazin "Rapports de Force". Die Lektüre lohnt sich!"

GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER zu den Übersetzungen vom 1.2.2023

„Contropiano“ 1. Februar 2023 (7:19)

Frankreich. Historische Mobilisierung gegen die Rentenreform

Francesco Napoleoni

Am zweiten berufsübergreifenden Streik- und landesweiten Aktionstag gegen Macrons Rentenreform, nach dem 19. Januar 2023, sind es erneut die Zahlen, die den Ausschlag geben: Nach Angaben der CGT gingen im gesamten Hexagon 2,8 Millionen Menschen auf die Straße und in Paris eine halbe Million (100.000 mehr als vor zehn Tagen).

Insgesamt gab es mehr als 250 Kundgebungen und Demonstrationen, die eine wachsende gewerkschaftliche, soziale und volkstümliche Beteiligung verzeichneten: mehr als 200.000 in Marseille, 80.000 in Toulouse, 75.000 in Bordeaux, 70.000 in Lille, 60.000 in Nantes, 50.000 in Lyon... sowie in vielen anderen "Provinzstädten", wo der Protest stärker und intensiver wurde.

Ein starkes Signal an die Regierung, mit einer wachsenden Opposition gegen das Reformprojekt und immer größere Sektoren mobilisiert, während die Forderungen nach einer Rente mit 60, die Verteidigung von "Sonderregelungen" für verschleißende Tätigkeiten sowie einem kompletten Kurswechsel in Bezug auf die Kürzungen bei den öffentlichen Diensten und die Finanzierung der Sozialversicherung bestehen bleiben.

Seit den frühen Morgenstunden an gab es zahlreiche Streikposten und Blockaden in Bus- und Bahndepots, mit gut besuchten Vollversammlungen, um dann zu den festgelegten Sammelpunkten in den verschiedenen Städten zu gehen.

In den Raffinerien und Depots von TotalEnergies, die bereits im vergangenen Herbst im Mittelpunkt der Mobilisierungen für Lohnerhöhungen und gegen die hohen Lebenshaltungskosten standen, lag die Streikbeteiligung bei über 80 %, wobei einige Standorte fast vollständig lahmgelegt wurden.

In einem gemeinsamen Kommuniqué kündigten die CGT-Verbände für Energie, Petrochemie und Häfen letzte Woche eine Intensivierung der Aktionen an und riefen dazu auf: *"Dieser Prozess der strukturierten und koordinierten Kämpfe wird die planmäßige und organisierte Mobilisierung für unseren Gewerkschaftsbund CGT verstärken. Sie rufen alle Werktätigen und Rentner in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern zu Aktionen und Streiks auf."*

Unterdessen führten die im Ausstand befindlichen Beschäftigten des Energiesektors am 26. Januar Aktionen im „Robin Hood-Stil“ durch, um Familien in Not, die aufgrund unbezahlter Rechnungen keinen Zugang zu Gas und Strom hatten, sowie Krankenhäusern, Kindergärten, weiterführenden Schulen, Universitäten, öffentlichen Wohnungen und öffentlichen Sportzentren wieder mit Gas und Strom zu versorgen, mit dem Ziel, *„das Kräfteverhältnis im Kampf gegen die Rentenreform zu vereinen und zu verstärken“*.

Im öffentlichen Bildungswesen beteiligten sich Professoren und Lehrer massiv am Streik, während bei den Schülern und Studenten heute Morgen mehr als 200 Gymnasien in den Streik traten und an den Universitätsfakultäten Generalversammlungen stattfanden.

Jugendliche und Studenten – also jene, die von einer Rente in der Zukunft nur träumen können – riefen zu weiteren Mobilisierungsaktionen gegen die neoliberale Reform der Regierung auf und dazu, in Solidarität mit allen streikenden Arbeitern auf die Straße zu gehen.

In einer Erklärung drückte der Weltgewerkschaftsbund (WGB-FSM) *"seine volle Unterstützung für den neuen Generalstreik der französischen Arbeiter am Dienstag, den 31. Januar, gegen das brutale Projekt der Verlängerung des Rentenalters aus, das Präsident Macron im Dienst der Bosse durchsetzen will"*.

Am Vorabend dieses zweiten Generalstreiks verteidigte Präsident Macron "seine" Reform – oder besser gesagt, diejenige, deren *"eifriger Vollstrecker"* er unter dem Druck der EU-Kommission ist – und bezeichnete sie als *"unverzichtbar im Vergleich zu anderen Ländern in Europa"* sowie als *"unerlässlich zur Rettung des Sozialversicherungssystems"*, angesichts eines Defizits von 2 Milliarden Euro.

Das unmittelbare Gegenstück zu dieser Zahl ist die Steigerung der Militärausgaben um 100 Milliarden, wodurch sich der Verteidigungshaushalt für den Zeitraum 2024-2030 auf 413 Milliarden erhöht, wie es im *Gesetz über die Militärplanung* vorgesehen ist und von Macron selbst bei seinen Grußworten an die Streitkräfte zu Beginn des Jahres auf dem Luftwaffenstützpunkt Mont-de-Marsan angekündigt wurde.

Außerdem bekräftigte Präsident Macron seine volle Unterstützung für Premierministerin Elisabeth Borne, die vor einigen Tagen lakonisch erklärt hatte,

dass die Anhebung des Rentenalters auf 64 Jahre *"nicht mehr verhandelbar"* sei. Nicht, dass es vorher irgendeinen Handlungsspielraum gegeben hätte...

In der Tat ist die Regierung darauf bedacht, ihren eigenen Weg zu gehen. Wenn der Rückgriff auf den berüchtigten Verfassungsartikel 49.3 – der die Verabschiedung eines Gesetzes durch die Regierung ohne parlamentarische Abstimmung vorsieht – nicht mehr möglich sein sollte, plant die Regierung, auf Artikel 47.1 der Verfassung zurückzugreifen.

Nachdem die Rentenreform in ein *"Gesetz zur Verbesserung der Finanzierung der Sécurité Sociale"* (Sozialversicherung) aufgenommen wurde, beschränkt Artikel 47.1 die Prüfung des Textes durch die Nationalversammlung auf 50 Tage. Nach Ablauf dieser Frist kann die Regierung das Projekt per Dekret (*ordonnance*) verabschieden.

Die in der NUPES vereinten Kräfte der politischen Opposition wollen in der Abgeordnetenkammer dagegen ankämpfen und haben fast 7.000 Änderungsanträge eingereicht. La France Insoumise will *"die Regierung zwingen, ihren Text zu rechtfertigen"*, denn eine parlamentarische Blockade könnte das Gegenteil bewirken und eine Annahme ohne Abstimmung erzwingen. Eine ziemlich offensichtliche Einschränkung der parlamentarischen Demokratie...

In der Zwischenzeit hat der Ausschuss für soziale Angelegenheiten der Nationalversammlung die Abschaffung der "Sonderregelungen" für die Mitarbeiter der Pariser Verkehrsbetriebe (RATP), der Elektrizitäts- und der Gasindustrie bestätigt.

Am Ende dieses historischen Mobilisierungstages hat die *Intersyndicale*, in der die Gewerkschaften CGT, CFDT, FO, UNSA, CFE-CGC, Solidaires, FSU und CFTC zusammengeschlossen sind, bereits zwei weitere Aktionstage für den 7. Februar (den Tag nach Beginn der Debatte in der Nationalversammlung) und den 11. Februar 2023 angekündigt, um die Mobilisierung zu beschleunigen und Druck auf die Regierung auszuüben.

Es gibt kein Zurück mehr – nicht einmal, um einen neuen Anlauf zu nehmen....

Übersetzung aus dem Italienischen: Gewerkschaftsforum Hannover

Rentenmobilisierung am 7. und 11. Februar: Die Strategie der Intersyndicale entschlüsselt

Stéphane Ortega + Guillaume Bernard

Am Abend eines sehr erfolgreichen Aktionstages auf der Straße am 31. Januar 2023 lagen mehrere Optionen auf dem Tisch der gegen die Rentenreform vereinten Gewerkschaften. Schließlich kündigten die acht Gewerkschaften gemeinsam einen nächsten Streiktag am Dienstag, den 7. Februar, und eine Demonstration am darauffolgenden Samstag an.

Hier die Entschlüsselung:

Bei der Sitzung des Gewerkschaftsbündnisses (*Intersyndicale*) gegen die Rentenreform hat sich die Entscheidung für die Beschleunigung eher durchgesetzt. Die acht Gewerkschaftszentralen, aus denen sie besteht, haben beschlossen, dass der nächste Streiktag am Dienstag, den 7. Februar, also in genau einer Woche, stattfinden soll. Doch das war noch nicht alles. Im Anschluss daran, am Samstag, den 11. Februar 2023, organisieren sie auch einen Demonstrationstag, um diejenigen Beschäftigten zusammenzubringen, für die es schwierig ist, in den Streik zu treten.

Unterschiedliche Gewerkschaftsstrategien müssen miteinander vereinbart werden

Laurent Berger von der CFDT machte kein Geheimnis daraus, dass seine Gewerkschaft keinen Aufruf zu einem länger dauernden Streik befürwortet und ihre Strategie eher auf Machtdemonstrationen auf der Straße stützt, um die Exekutive zum Nachgeben zu bewegen und die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheit, die dem Gesetzentwurf zustimmt, zu verringern. Umgekehrt drängen zumindest die CGT und Solidaires auf einen Streik und dessen mögliche Verlängerung, um die Regierung zu zwingen, von einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters abzusehen.

Eines ist jedoch sicher: Die acht Gewerkschaften sind praktisch zur Einigung verdammt. Alle sind davon überzeugt, dass ihr Zusammenschluss ein wichtiger Hebel für den Erfolg der ersten beiden Aktionstage war. Dies ist wahrscheinlich der Grund dafür, dass alle Kompromisse eingehen. Zunächst die CFDT, indem sie das Datum des 19. Januar akzeptierte, obwohl sie lieber die Kabinettsitzung am 23. Januar verstreichen lassen wollte, bevor sie mobilisierte. Dann die Gewerkschaften

der sozialen Transformation, die ihrerseits den 31. Januar und nicht den 26. Januar akzeptierten, obwohl die CGT dieses Datum im Sinn hatte.

Darüber hinaus liegt eine dritte Strategie auf dem Tisch. Sie wird von vier Branchenverbänden der CGT getragen. Der Chemiegewerkschaft (FNIC), der Energiegewerkschaft (FNME), der Eisenbahnergewerkschaft sowie der Hafentarbeitergewerkschaft. Sie alle haben bereits ihre Bereitschaft bekundet, zwischen dem 6. und 8. Februar mehrere Tage lang zu streiken.

Historische Mobilisierung auf der Straße

Deshalb war am Abend des 31. Januar die Gleichung, den richtigen Zeitpunkt für die Mobilisierung zu finden, schwer zu lösen. Auf der Welle der riesigen Demonstrationen zu reiten, könnte als selbstverständlich erscheinen.

Die Zahl der Demonstranten brach alle bisherigen Rekorde der großen sozialen Mobilisierungen. Mit 2,8 Millionen Demonstranten im ganzen Land laut der CGT (1.272.000 laut dem Innenministerium) waren an diesem 31. Januar mehr Menschen unterwegs als 1995, 2010 oder 2019.

Die Demonstrationen waren in der Hauptstadt mit 500.000 Menschen in den Demonstrationszügen (87.000 laut Polizei), in den übrigen Großstädten und noch mehr in den mittelgroßen Städten sehr groß. Die 14.000 Demonstranten in Saint-Nazaire oder die 20.000 in Brest, laut der Tageszeitung „*Ouest France*“, sind ein deutlicher Beleg dafür. Ebenso erreichte die Zahl der Versammlungspunkte im ganzen Land fast die 300er-Marke. Auch dies ist ein sehr bedeutendes Niveau.

Ein weiteres bemerkenswertes Element ist, dass sich die Jugend an den Mobilisierungen des Tages beteiligte, auch wenn es bei weitem kein Massenansturm war. Die Gewerkschaft L'Alternative behauptet, dass dieses Mal 150.000 Jugendliche auf der Straße waren: Das wären mindestens doppelt so viele wie am 19. Januar. Die Gymnasialgewerkschaft La Voix lycéenne berichtet von 200 Blockaden und 300 Gymnasien im Ausstand. Diese Zahlen werden vom Bildungsministerium bestritten, das von 11 blockierten Gymnasien, 4 Versuchen und 17 Infiltrationen ausgeht. Dennoch weiteten sich die Aktionen der *Lycéenne* im Gegensatz zum 19. Januar über die Hauptstadt hinaus aus.

Trotz des großen Erfolgs auf der Straße deuten die Streikquoten in den traditionellen Sektoren und die Zahl der Teilnehmer an den Generalversammlungen nicht auf einen Streikschub hin.

Traditionelle Sektoren etwas weniger mobilisiert

Eines ist sicher: Die Raffinerarbeiter sind an den Streiktagen dabei. Die CGT Total-Energies kündigte am Dienstag, den 31. Januar, 75 bis 100 % Streikende in den Raffinerien und Depots des Unternehmens an. Die Raffinerie in der Normandie zählt 75 % Streikende, die Raffinerien in Feyzin (Rhône) und Donges (Loire-Atlantique) 80 bzw. 90 % Streikende.

Aber neben dieser Speerspitze ist die Mobilisierung in den streikgewohnten Sektoren etwas schwächer. Auf der Seite der Energieversorger ist die Mobilisierung massiv,

allerdings etwas geringer als am 19. Januar. Den Zahlen der Geschäftsleitung zufolge lag die Streikquote am Mittag bei EDF bei 40,3 %. Das ist ein sehr leichter Rückgang gegenüber dem 19. Januar, als sie 44,5 % betragen hatte.

Bei der Eisenbahngesellschaft SNCF war die Streikquote ebenfalls hoch: 36,5 % an diesem zweiten Tag der Mobilisierung gegen die Rentenreform, wie die Nachrichtenagentur „AFP“ aus einer Gewerkschaftsquelle erfuhr. Am 19. Januar waren es jedoch 46,3%. Die Direktion der SNCF hat bislang noch keine Zahlen bekannt gegeben.

Auch bei den Lehrern gab es einen kleinen Einbruch. Die SNES-FSU (die größte Gewerkschaft) meldet 55 % Streikende in der Sekundarstufe. In der Primarstufe hatte die SNUipp-FSU (ebenfalls eine Mehrheitsgewerkschaft) bereits am Montag, den 30. Januar, 50 % Streikende angekündigt. Dies ist etwas weniger als am 19. Januar, als die beiden Gewerkschaften 65% bzw. 70% Streikende verkündet hatten. Das Ministerium seinerseits meldete 26,65% Streikende in der ersten Stufe und 25,22% in der zweiten Stufe. Am 19. Januar hatte es noch von 42,35% bzw. 34,66% gesprochen. Die Zahlen der Regierung unterbewerten die Mobilisierung, aufgrund der verwendeten Berechnungsmethode, jedoch häufig.

Schließlich sinkt laut dem Ministerium für Transformation und öffentlichen Dienst die Zahl der Streikenden am Mittag im Öffentlichen Dienst des französischen Staates von 28 % am 19. Januar auf 19,4 % am 31. Januar. Dies bestätigt eine etwas weniger außergewöhnliche Mobilisierung im Bildungswesen, das den Großteil der Beschäftigten in diesem Bereich des Öffentlichen Dienstes stellt. Auch im territorialen Bereich (7,9 % gegenüber 11,3 % am 19. Januar) und im Krankenhauswesen (8,5% gegenüber 9,9 %), die der Dienstverpflichtung unterliegen, ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Unbekannte in der Privatwirtschaft

Wie lässt sich also erklären, dass trotz der etwas geringeren Streikzahlen an diesem 31. Januar noch mehr Menschen auf die Straße gingen? In diesem Punkt kann man nur Hypothesen aufstellen. Die erste ist, dass viele Streiks in gewerkschaftlich schwach organisierten Bereichen stattfinden, in denen es nicht möglich ist, Zahlen über die Zahl der Streikenden zu bekommen. Kurzum, es handelt sich um eine Art unsichtbaren Streik in der Privatwirtschaft.

Nathalie Cagny, CFDT-Regionalsekretärin für das Departement Somme und Beschäftigte im Callcenter Coriolis in Amiens, beobachtet eine hohe Streikquote in ihrer Firma, die völlig unter dem Radar bleibt. *"Im Callcenter Coriolis in Amiens haben wir mehr als 50 % Streikende, bei 700 bis 800 Beschäftigten"*, betont sie.

Auf Seiten der CGT gesteht man diesen Mangel an Verankerung und Rückmeldungen ebenfalls gerne ein. Ein Teil der Arbeit, die in den letzten Tagen zur Initiierung des Streiks geleistet wurde, bestand übrigens darin, die CGT-Mandatsträger erneut zu kontaktieren, um sie zu bitten, diese Dokumentationsarbeit zu leisten und gleichzeitig ihre Kollegen zu mobilisieren. Der Gewerkschaftsbund gibt jedoch einige Daten bekannt: 5 000 Streikende bei Airbus, über 90 % Streikende in den Häfen und 100 % der Hafenarbeiter, von Le Havre bis Ajaccio, von Brest bis Bayonne, von Cherbourg bis Marseille.

Die Möglichkeit, dass viele Beschäftigte RTT-Tage ((Anm.1)) legten, um an der Demonstration teilzunehmen, ist ebenfalls nicht auszuschließen. Erstens, weil das Etikett "*Streikender*" in manchen Unternehmen stigmatisierend wirken kann. Zweitens, weil einige Beschäftigte möglicherweise versuchen, die Kosten für ihre Teilnahme an den Mobilisierungen vor dem Hintergrund einer hohen Inflation zu begrenzen. Mehrere meiner Kollegen haben es angesichts der aktuellen Krise vorgezogen, ihren Urlaub zu streichen, um zu demonstrieren", sagte Eric von der CGT Territoriaux (Gewerkschaft der Kommunalbeschäftigten) heute Morgen bei einer Generalversammlung in Pré-Saint-Gervais (Seine-Saint-Denis).

Anmerkungen:

- 1) RTT-Tage (zur Arbeitszeitverkürzung - „*Réduction du temps de travail*“) sind zusätzliche Urlaubstage bei Arbeitsverträgen mit mehr als 35 Wochenstunden.

Anmerkung + Übersetzung aus dem Französischen: **Gewerkschaftsforum Hannover**

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Frankreichs Präsident Macron will »Rentenreform« jetzt aber doch durchboxen – Gewerkschaften kündigen Widerstand an](#)